

»DIGITALISIERUNG BEDARF DES AUFGEKLÄRTEN BÜRGERS«

≡ Ein Gespräch mit Wolfgang M. Schmitt über Digitalisierung und die Grenzen des digitalen Diskurses

Als Journalist, Publizist, Germanist und Theaterkritiker setzen Sie sich vor allem auf Ihrem YouTube-Kanal »Die Filmanalyse« ideologiekritisch mit dem Kino auseinander. Dabei nehmen Sie die, in der schnelllebigen digitalen Welt eher seltene Rolle des kritischen Intellektuellen ein. Funktioniert die Rolle des Intellektuellen im digitalen Zeitalter also doch?

Das Internet bietet ja zunächst einmal die Möglichkeit, dass jeder sprechen kann, das heißt, dass auch jeder Intellektuelle sprechen kann. YouTube erschien für mich besonders reizvoll, da man dort zunächst keine intellektuellen Debatten erwartet. Dort sind vor allem Comedy-Videos, *Let's-Play*-Videos oder *Influencer*-Formate sehr erfolgreich. Und dennoch ist es auch ein intellektuelles Fernseharchiv, neben den genannten Inhalten finden Sie auch den gesamten Sendungskorpus des Literarischen Quartetts, ebenso *große* Sendungen mit Roger Willemsen oder Joachim Kaiser. In gewisser Weise ist also das, was wir im Fernsehen kaum noch erleben, nämlich so etwas wie bildungsbürgerliches Programm, tatsächlich dort archiviert. Solche Inhalte kann man dort aber auch selbst erschaffen. Natürlich erreicht dies kein Millionenpublikum. Aber auch in der Ära des linearen Fernsehens war ein solches Programm immer auch eines der Nische – in punkto Zuschauergunst begünstigt allenfalls dadurch, dass die relativ geringe Auswahl zur Folge haben konnte, dass Marcel Reich-Ranicki Zuschauer anzog, weil auf dem anderen Programm vielleicht gerade Fritz J. Raddatz sprach und dort kein Comedy-Format gesendet wurde.

Um eine hohe Klickzahl in der heutigen Zeit zu erreichen, müsste man also etwas komplett anderes machen und das womöglich nur für kurze Dauer. Wenn man aber einen langen Atem hat, dann kann man bei YouTube durchaus

intelligente, vielleicht auch intellektuelle Formate machen und sich dabei zugleich dieses Mediums bewusst sein und fragen, inwieweit man es einfach nur affirmativ bedient. Ganz plakativ: Brauche ich hundert Schnitte, weil ich hundert Schnitte in einem fünfminütigen Video unterbringen kann? Oder reicht es auch, wenn ich einfach eine Kamera aufstelle, frontal filme und es gibt drei Schnitte und dann ist nach zwölf oder fünfzehn Minuten Schluss?

Welche Mittel stehen zur Verfügung, um Aufmerksamkeit zu generieren, auch über einen längeren Zeitraum? Gibt es Formatregeln jenseits des Genannten, die helfen, in der digitalen Welt auch auf Dauer zu bestehen?

Im Nachhinein könnte der Eindruck entstehen, als stünde ein großes Konzept hinter dem Format – aber das war in meinem Falle tatsächlich nicht so. Als Vorbild diente vielmehr jene Form des klassischen Bildungsbürgerfernsehens, bei dem einer sitzt, redet, erklärt und dabei Heinrich Böll, Jürgen Habermas oder die Frankfurter Schule einzuflechten vermag. Die Ästhetik dieses Modells, mit einem Bücherregal im Hintergrund und einer klassischen Bankerlampe, habe ich übernommen, weil sie mir persönlich entspricht und ich mich für dieses Format somit nicht verkleiden musste. Die journalistische Tugend, unterhaltsam zu sein, war dabei jedoch stets präsent. Wie ein guter Zeitungsartikel zugleich unterhaltsam und pointiert sein muss, dabei vor Polemik nicht zurückschrecken darf, weil das mehr interessiert, aneckt und für Kontroversen sorgt, als nur deskriptive Abhandlungen vorzutragen – so muss auch ein YouTube-Beitrag aufgebaut sein.

Sicherlich gehört dazu, selbst, auch optisch, in Erscheinung zu treten, was gerade für Wissenschaftler nicht selbstverständlich scheint. Diese halten zwar auch Vorträge, aber in erster Linie sind sie doch durch klassische Publikationen im Gespräch. So verbinden sich mit diesen häufig Namen – wesentlich seltener aber ein Gesicht. Dies ändert sich – Bücher von populären Intellektuellen werden heute selbstverständlich mit deren Gesichtern vermarktet, sodass jeder weiß, wie Richard David Precht oder Peter Sloterdijk aussehen. Doch diese Tendenz ist natürlich bei YouTube, wo man sich bewusst der Kamera aussetzt, deutlich verstärkt. Aber auch hier lassen sich Grenzen innerhalb des Mediums ziehen. So habe ich für mich, entgegen des Kults um Authentizität, dem viele *YouTuber* folgen, früh entschieden, mich nicht zu stark als Privatperson zu inszenieren, sondern als Figur des Kritikers aufzutauchen, was, mit Andreas Reckwitz gesprochen, auch wieder so etwas wie eine Singularität darstellt.

Hinzu kommt, dass mein Format in seiner spezifischen Nische einer Entwicklung folgt, die, wie es Chris Anderson in seinem Buch »The Long Tail« beschreibt, eine Entwicklung weg vom Massen- und hin zum Nischenmarkt

ist. Gerade YouTube ist dafür ein Paradebeispiel. Natürlich gibt es dort auch Filme, die Millionen Klicks haben, aber die meisten Inhalte haben weitaus weniger Klicks. Das bedeutet nicht, dass es nicht wirksam ist. Ich glaube sogar, ein Video, das zehn- bis fünfzehntausend Klicks hat, kann wirksamer sein als irgendein *Influencer*. Der sorgt vielleicht dafür, dass hunderttausend Leute diesen einen Lippenstift kaufen, aber das verpufft bald wieder. Umgekehrt glaube ich nach acht Jahren, in denen ich nie einen Abonnentenverlust erlitten habe, dass ein qualitatives und dauerhaftes Format auch eine langfristige Wirksamkeit entfalten kann.

Die eben beschriebene Ästhetik, der Verweis auf klassische Theoretiker, all das erinnert doch recht stark an analoge und zugleich hochkulturelle Formate. Indes behandeln ihre Analysen sowohl Quentin Tarantino als auch das klassische Hollywood oder auch »Fack ju Göhte«. Würden Sie diese Hybridität eher auf der Seite der Hoch- oder der Popkultur einordnen?

Eigentlich auf der Seite der Hochkultur. Ich denke, es reicht nicht, sich nur in diesem theoretischen Diskursgebäude, diesem Elfenbeinturm, aufzuhalten. Ich glaube, dass es gerade nützt, diese vielen populärkulturellen Phänomene, die wir haben, auch mit diesen Theorien, diesen Theoretikern zu lesen, denn dafür wurden und haben sie dies ursprünglich mal geschrieben. Es sind Auseinandersetzungen mit dem Ist-Zustand der Gesellschaft, warum sich Leute – etwa bei Adorno – Mickey-Mouse-Filme ansehen, oder warum sie dieses oder jenes gerne hören. Für mich ist es eine intellektuelle Pflicht, sich gerade mit solchen Phänomenen auseinanderzusetzen und zu zeigen, dass diese Phänomene auch eines intellektuellen Zugangs bedürfen. Das Analoge ist dabei für mich tatsächlich enorm wichtig, weil ich damit stets wieder demonstriere – ohne es immer klar auszusprechen –, dass es für eine ernste und redliche Auseinandersetzung nicht reicht, nur bei YouTube unterwegs zu sein oder sich losgelöst popkulturellen Filmen im Kino hinzugeben. Um das Ganze einordnen und verstehen zu können, muss man letztlich auf die Bücher, auf die Theorie, auf die schweren Brocken zurückgreifen und diese auch studieren. Für mich ist ganz klar, dass dies dem Verstehen hilft.

Sehen Sie sich selbst als Profiteur oder eher als Kritiker der Digitalisierung und des Digitalen?

Ich bin ganz klar beides. Ich bin natürlich Profiteur einer Plattform, die mir die weitgehend einmalige Möglichkeit bietet, frei von irgendwelchen Zwängen jede Woche eine Filmanalyse machen zu dürfen. Ebenso erfahre ich durch YouTube eine gewisse Popularität, die über die Plattform selbst hinausreicht,

etwa wenn ich für Vorträge eingeladen werde oder Artikelanfragen erhalte. Gleichzeitig weiß ich, dass diese Freiheit natürlich auch ein Trugschluss ist, denn sie bedeutet zum einen noch lange nicht, dass ich tatsächlich wahrgenommen werde. Zum anderen muss man sich auch bewusst sein, dass diese Plattform von Google zur Verfügung gestellt wird – die Infrastruktur also von einem Konzern stammt, dessen Geschäftspraxis ein halbwegs links denkender Mensch kritisieren muss. Nur ist das natürlich ein generelles Problem: Wo lässt sich denn heute, ohne letztlich dem Großkapital in die Hände zu spielen, noch publizieren? Kleine Verlage werden immer weniger und anhand der *Open-Access*-Ideologie zeigt sich gerade ganz deutlich, dass auch hier die *Big Player*, etwa Springer Nature, die Plattformen stellen. Die Autoren werden enteignet, die Großverlage verdienen. Gerechtfertigt durch linksliberale Slogans, die von einer »Demokratisierung des Wissens« faseln.

Heraushalten und beschließen, der digitalen Welt den Rücken zuzukehren, käme in Anbetracht der Omnipräsenz sozialer Medien wohl einer Kapitulation gleich. Zudem findet doch tatsächlich sehr viel Gutes in der digitalen Welt statt. Dies zu entdecken, selbst Redakteur zu werden und eigenverantwortlich auszuwählen, was wichtig ist, statt dies passiv Zeitungsredaktion und Algorithmen zu überlassen, scheint mir der bessere Weg. Es ist eine interessante Phänomen, dass die Weigerung, sein eigener Redakteur zu werden, oftmals einhergeht mit einer fundamentalen Kritik an der Idiotie, die natürlich überall dort stattfindet. Für mich beispielsweise ist Twitter, was soziale Medien anbelangt, das beste Medium, weil sich dort tatsächlich sehr viele Hinweise auf gute Artikel finden lassen, auch weil dort viele Wissenschaftler und Journalisten vertreten sind. Natürlich können dadurch eben jene Filterblasen entstehen, gegen die so viele wohl nicht gänzlich zu Unrecht polemisieren. Zugleich ist – und da hat Jodie Dean sicherlich recht – eine solche Filterblase, so sie nicht unhinterfragt bleibt, zum einen eine Chance, den großen Informationsfluss sinnvoll zu kanalisieren. Und zum anderen ist das Phänomen ja keineswegs beschränkt auf die digitale Welt, auch in der analogen Welt kann ich Information und Weltanschauung selektiv konsumieren.

Dieser sehr bewusste Umgang mit Information scheint in der digitalen Welt dennoch eine noch größere Herausforderung zu sein, mit der nicht wenige gar überfordert sind. Braucht es, um dem entgegenzuwirken, ein Lernangebot für die Digitalisierung innerhalb der Gesellschaft?

Absolut. Die Digitalisierung kommt eigentlich zu einem Zeitpunkt, an dem der Bürger, aufgrund einer mangelhaften Bildungspolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten, ein sehr falsches Verständnis von dem entwickelt und

inkorporiert hat, was ein Bürger, eine Demokratie zu sein hat. Jetzt kommt die Digitalisierung und die bedarf des aufgeklärten Bürgers, einem, wie Habermas das sagen würde, rasonierenden Publikum, und nicht einem lediglich konsumierenden.

Diesen Umschwung beschrieb Habermas bereits für die 1960er Jahre, als die bundesrepublikanische Wirklichkeit, verglichen zu heute, gleichwohl noch wesentlich kritischer im Umgang mit Informationen war, überdies auch viel weniger Informationen zur Verfügung hatte. Heute führt das Effizienzdenken gerade im Bildungssektor dazu, dass immer weniger Menschen in die Lage versetzt werden, zu sich selbst in Distanz zu treten und sich kritisch zu hinterfragen. Dieser in gewisser Weise politisch gewollte Umschwung wird durch die vielen Polit-Talkshows, die im Prinzip das Parlament aushöhlen, verstärkt. Um wieder einen kritischen ebenso wie vernünftigen Umgang mit der Informationsflut zu ermöglichen, bräuchte es deshalb zunächst eine radikale Bildungsreform, eine, die den kritischen Geist stärker in den Mittelpunkt rückt, die das bürgerliche Subjekt wieder in die Lage versetzt, sich auseinanderzusetzen und wirklich in einen Diskurs zu treten. Wir brauchen aber auch Intellektuelle, die im Sinne eines kritischen Redakteurs, Informationen kanalisieren und ordnen, gerade für jene, deren überschaubares Zeitbudget mit einer unüberschaubaren Informationsflut kollidiert. Schließlich gehen viele Menschen Berufen nach, die mit der Medienwelt, mit der Welt der Geisteswissenschaften oder der Politik nichts zu tun haben, die abends nicht die Zeit haben, sich drei, vier Stunden mit verschiedenen Zeitungen auseinanderzusetzen, die nicht die einzelnen Positionen von Redakteuren oder Autorennetzwerken kennen und deshalb nicht jede Äußerung einordnen können. Deshalb geht es heute mehr denn je darum, als Intellektueller auch als Vertrauensfigur aufzutreten und ein Angebot zu schaffen. Das bedeutet aber auch, als Person in Erscheinung zu treten und Reibungspunkte zu bieten. Und das ist meine Hoffnung, dass dies vielleicht mehr Menschen machen und dass erkannt wird, was für ein kritisches wie demokratisches Potenzial in solchen Plattformen liegt. Das könnte dann auch so weit gehen, Plattformen, welche solche Sortier- und Einordnungsangebote machen, staatlich zu unterstützen, um tatsächlich so etwas wie ein öffentlich-rechtliches Internet zu ermöglichen.

Die Auseinandersetzung mit digitalen Themen und die Auseinandersetzung in digitalen Medien braucht jedenfalls weit mehr als das rücksichtslose und unkritische Marschieren durch die sozialen Medien. Es ist erstaunlich, wie affirmativ manche Politiker etwa Instagram bedienen, wo sie sich genau in diese Ästhetik einpassen und krude *Hashtags* setzen.

Dieser Gedanke an digitale Leitmedien: Ist das nicht eine allzu nostalgische Erinnerung an die Formate mit Günter Gaus, in denen Leute wie Hannah Arendt gesprochen haben?

Es kann natürlich nicht *ein* digitales Leitmedium geben. Es gibt digitale Plattformen – nicht nur YouTube-Kanäle, sondern auch *Blogs* oder *Podcasts* –, die sehr stark frequentiert werden und unglaublich gute Programme machen, die sich kritisch mit digitalen, politischen oder wirtschaftlichen Themen auseinandersetzen. Ob man das auf irgendeine Weise interessanter bündeln kann und ob man dort tatsächlich so etwas wie ein solidarisches Netzwerk errichten kann, ist aufgrund des derzeitigen Konkurrenzdrucks natürlich fraglich. Ich glaube allerdings schon, dass sich einige Gruppen stärker zusammenschließen könnten. Ebenso denke ich, dass das Problem nicht durch die digitalen Medien allein gelöst werden kann, sondern es muss schon eine gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Veränderung geben. Die soziale Lage eines jeden Einzelnen muss es ermöglichen, zum kritischen Bürger zu werden. Diese Verantwortung kann man nicht einzig den Produzenten, die im Internet tätig sind, zuschieben. Das ist, als würde man Lehrern sagen, sie sollten dafür sorgen, dass die Bildung aufrechterhalten wird, aber ansonsten torpediert man alles, was Bildung angeht. Solange Technik nicht politisch begriffen, sondern in *Solutionismus* – also jene Silicon-Valley-Denkweise, wonach es für jedes Problem eine technische Lösung gibt, auch wenn das Wissen über die komplexen Folgen der Erfindung noch gar nicht bekannt ist – verharret wird, kann es keine diskursfähigen digitalen, öffentlich-rechtlichen Leitmedien geben.

Sie sprechen viel von Diskurs. Beim Blick auf derzeitige Formate des Austausches auf digitaler Ebene stellt sich doch aber die Frage, ob es sich dabei überhaupt um einen Diskurs handelt. Wie könnte denn dort ein wirklicher Diskurs stattfinden?

Diskurs findet in der Tat noch viel stärker in der analogen Welt statt: zwischen Freunden, zwischen Gleichgesinnten oder auch politischen Gegnern. Er findet nicht in Kommentarspalten statt, denn auch, wenn man viele qualifizierte Kommentare hat, sind diese natürlich additiv. Ebenso gibt es aber auch Formen der Live-Übertragung. Bei der re:publica etwa wurden sehr viele Vorträge live gestreamt und es gab eine Leiste, über die live mitkommentiert werden konnte. Aber auch dort gab es keinen Diskurs. Statt zu diskutieren, wurde auch dort vieles eher parallel und nach dem Lustprinzip gepostet. Dass die Entwicklung dahingeht, auf Twitter vernünftige Diskussionen zu führen, das glaube ich nicht. Der Diskurs muss nach wie vor woanders stattfinden, etwa in Form von Texten oder Videos. Soziale Medien, wo das Medium die Message ist, geben das im Prinzip nicht her. Intellektueller Diskurs meint

aber auch nicht Dauerkommunikation, wie sie gern bei Tagungen praktiziert wird – er kann auch ein Monolog in Form einer Monographie sein.

Die Skepsis gegenüber sozialen Netzwerken beruht meist auf der Annahme, dass dort eine wirkliche Deliberation nicht stattfinden kann, sondern affektiv gehandelt wird. Aus der Beobachtung sozialer Netzwerke heraus, beispielsweise mit Blick auf »PEGIDA«, machen wir die Erfahrung, dass dem nicht so sein muss.

Hat sich das nicht einfach nur verlagert? Die Rechten haben natürlich ihre Profilbildung ganz klar durch die Abgrenzung vom Establishment betrieben. Dies bedeutet auch, dass sie sich sehr stark an diesen abarbeiten müssen. Das wird, glaube ich, durch die sozialen Medien noch einmal verstärkt, weil es so dicht beieinander ist. Wenn ich zu einem Parteitag oder einer Parteiveranstaltung gehe, dann höre ich nur eine Perspektive. Kaum jemand macht sich die Mühe, zu einer anderen Partei zu gehen. Diese Möglichkeit ist nun aber immer nur einen Klick entfernt und die unterschiedlichen Positionen könnten in der *Timeline* sichtbar werden. Wir sehen dann eine Gleichzeitigkeit und es kann der Eindruck entstehen, dass hier Positionen zumindest aufeinanderprallen. Aber eigentlich geht es kommunikativ immer wieder vollkommen aneinander vorbei. Anders gesagt, das Aufeinandertreffen von Meinungen, die Abgrenzung vom politischen Gegner begründen noch längst keinen Diskurs.

Stichwort Abgrenzung: Müssten nicht auch der Digitalisierung selbst Grenzen gesetzt werden?

Interessant ist, dass in dieser Debatte die ursprünglich aus dem 19. Jahrhundert kommende *Frontier*-These Frederick Jackson Turners wiederaufgetaucht ist, welche sich auf Grenzverschiebungen innerhalb Amerikas bezog. Blieb anfänglich nach jeder Landeroberung noch immer weiter zu erobernde Wildnis zurück, so beschrieb Turner für das ausgehende 19. Jahrhundert mit der Erschließung der letzten Wildnisareale das Ende dieses *Frontier*-Zeitalters. Den Preis dafür mussten allein die indigenen Ureinwohner bezahlen. Diese kommen in all den identitätspolitischen Debatten, auch bei den *Postcolonial*-Geschichten, nur marginal vor, obwohl wir da einen Ethnozid erlebt haben. Die *Frontier*-These hat dann aber ein Revival erlebt. Haben manche Politologen eine Rückkehr der These im Rahmen der Truman-Doktrin konstatiert, setzten Wissenschaftler, die sich mit Agrarpolitik beschäftigten, die *Frontier*-These in Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt. Und heute werden auch Themen wie *Brainhacking* oder die Besiedlung des Mars unter Einbeziehung einer erneuerten *Frontier*-These diskutiert.





In diesem Moment sollten wir uns noch einmal der vielfältigen Indiakulturen Nordamerikas erinnern. Es ist ganz klar, dass die Opfer von Grenzverschiebungen immer jene Menschen sind, die sich nicht nach den Vorstellungen der Eroberer optimieren lassen oder optimieren können. Die gefährlichste *Religion* in diesem Zusammenhang ist der Transhumanismus, weil dieser tatsächlich darauf abzielt, den Menschen zu optimieren oder, konsequent zu Ende gedacht, *den* Menschen, wie wir ihn kennen, abzuschaffen.

Was daran so gefährlich ist, ist nicht nur, dass wir unsere anthropologische Philosophie überdenken müssen, sondern dass gerade durch die Möglichkeiten, Digitalisierung und Genforschung zusammenzudenken, ganz neue Kolonisierungen möglich werden. Wir bewegen uns zwar schon lang in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der der Fahrstuhl-Effekt immer weiter abnimmt, wie Oliver Nachtwey es in »Die Abstiegs-gesellschaft« sehr genau gezeigt hat. Aber im Rahmen des Transhumanismus könnte eine noch stärker zementierte Ungleichheit etabliert werden, die total und deterministisch, weil biologistisch ist. Durch pränatale Optimierung in Form von Computerchips könnten wir eine Ungleichheit schaffen, die nicht mehr mit Leistung, mit Bildung oder sonst irgendetwas zu überwinden ist. Das wäre eine Zweiklassengesellschaft, die eigentlich nur noch die Optimierten kennt und jenseits dessen entweder Lohnsklaven oder Konsumsklaven zurücklässt. Das ist für mich eigentlich das ganz große Thema, auch wenn das alles sehr utopisch klingt. Wir werden also der Digitalisierung Grenzen setzen müssen, auch wir Linken müssen darüber nachdenken, ob es so etwas wie einen linken Konservatismus gibt, den es zu aktivieren gilt. Das alte Paradigma: fortschrittlich gleich links und konservativ gleich rechts, das funktioniert ja schon lange nicht mehr. Schließlich sind es gerade konservative Politiker, die die Technisierung, den Handel mit Daten usw. immer weiter liberalisieren.

Wie könnte denn ein solcher Paradigmenwechsel konkret aussehen?

Die entscheidende Frage ist, wie dieses Modell umzusetzen wäre. Es mangelt hier ja nicht unbedingt an Ideen. Vieles in der Debatte läuft letztlich auf eine zumindest Teil-Enteignung der großen Konzerne hinaus. Dazu bräuchte es aber einen gemeinsamen politischen Willen. Nicht allein auf der nationalstaatlichen Ebene, sondern mindestens auf der europäischen. Aber statt einer europäischen Alternative zu Facebook steckt die Debatte in Sonntagsreden fest.

Schauen wir aber nach Russland, Iran oder China, sehen wir alternative social-media-Plattformen, zudem greift der Staat sehr restriktiv in Plattformen und

Internet ein. Dabei lauert hier jenseits des Beschriebenen eine Gefahr für die Freiheit des Einzelnen.

Die Gefahr besteht natürlich auch bei der EU. Und man wird fragen müssen: Wer sichert denn die *Freiheit*, die wir heute im Internet haben? Die ist natürlich nicht staatlich garantiert, zugleich haben wir offenkundig kaum ein Problem damit, dass Konzerne diese Form der Freiheit zur Verfügung stellen und absichern. Aber das Kapital interessiert sich nicht für irgendwelche politischen Werte oder für demokratische Zielvorstellungen wie jenen aufgeklärten Diskurs, den wir eingangs diskutiert haben. Facebook ist und bleibt es natürlich vollkommen egal, ob die vielen Klicks mit »PEGIDA«-Demonstrationen, mit schönen Kochvideos von YouTube oder sonst woher generiert werden. Das ermöglicht dann eine Freiheit, die auf einem kapitalistischen Wirtschaftsmodell basiert. Und das ist doch in gewisser Weise wirklich nur eine Scheinfreiheit. Nur ist diese radikale Eingeschränktheit eine, die sich weit weniger bemerkbar macht, die überdies und interessanterweise vielen Netzgurus lange Zeit und auch zum Teil heute noch viel weniger Sorge bereitet, als es die staatlichen Eingriffe tun. Natürlich sieht man diese andere große Gefahr gerade am Beispiel der NSA-Affäre. Aber so zu tun, als wäre das, was mir Google, Facebook und Co. zur Verfügung stellen, wirkliche Freiheit, das wäre vermessen und wohl auch naiv. Man wird deshalb mehr als bisher darüber nachdenken müssen, und damit schließt sich der Kreis zu den Ausgangsüberlegungen, wie sich solche Plattformen in irgendeiner Weise vergesellschaften ließen, ohne dass sie sogleich politisch gesteuert würden. Was wir beispielsweise als einen ersten möglichen Schritt dringender denn je bräuchten, wären viel mehr sich politisch verstehende Programmiererinnen und Programmierer.

Deren Verantwortungsbewusstsein bezüglich der von Ihnen angesprochenen Modi ist aber mindestens umstritten. Schließlich gilt das Silicon Valley als das Zentrum des modernen digitalen Kapitalismus. Und das, obwohl es, aus der amerikanischen Gegenkultur gegründet, immer auch etwas Nonkonformistisches hatte. Wie steht es denn, zum Abschluss, um Potentiale, denken wir etwa an Anonymus, für heutige Gegenkultur, für einen Ausbruch aus dem diskutierten Dilemma?

Ich denke schon, dass es solche Gegenbewegungen geben kann, die indes nicht gleichzusetzen sind mit dem Geist des Silicon Valley. Aber anhand des Silicon Valley lässt sich nochmals in konzentrierter Form nachvollziehen, welche generellen Mechanismen im Wechselspiel von Kapitalismus und Kapitalismuskritik in der westlichen Welt gewirkt haben und auch weiterhin sehr erfolgreich wirken. Gerade weil der Kapitalismus nicht an traditionellen Werten, an konservativen Werten interessiert ist, konnte er sich auch

sämtliche Protestbewegungen kapitalistisch einverleiben. Wie Marx es bereits im kommunistischen Manifest beschrieben hat, lebt der Kapitalismus von disruptiven Kräften, aus denen er sich letztlich schöpferisch erneuert, um auf eine bessere, schnellere, effizientere Ebene zu gelangen.

Wir beobachten zwar immer wieder politisches Engagement des Silicon Valley, etwa für *Diversity* und gegen Rassismus. Aber dieses Engagement resultiert weniger aus einer politischen Überzeugung denn aus einer kapitalistischen Logik. Es ist eben nicht nur linke Politik, sich gegen patriarchale Strukturen zu stellen oder gegen Rassismus zu kämpfen. Es ist schlichtweg die Einsicht, dass die Wirtschaft leiden würde, blieben alle Frauen wieder zuhause und kümmerten sich um die Kindererziehung. Oder denken wir an Gary S. Beckers Überlegungen zum Humankapital, der anhand empirischer Forschung belegt, warum es ökonomisch überhaupt nicht sinnvoll ist, Rassist zu sein. Antriebsfeder für das Silicon Valley ist nur auf den ersten Blick wertebasiertes Agieren. Nicht zuletzt ist auch das anti-staatliche Moment des Silicon Valley nicht zu verachten, wenngleich mit autoritären Staaten laufend paktiert wird. Momentan haben Valley-Vertreter Angst, dass ein neuer Protektionismus den Kapitalismus gefährden könnte: Man baut wieder Mauern, man nagelt wieder Kreuze an die Wand, um Identität zu stiften, und man spricht wieder von Heimat.

Aber gerade Heimat ist für mich ein Begriff, der ins Spiel gebracht wird, weil die nationalstaatliche Souveränität längst dem globalem Kapitalismus preisgegeben wurde und der Staat nur noch in Erscheinung tritt, um das Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten. Mit dem Heimatbegriff wird so getan, als existiere der vom Finanzmarkt- und Plattformkapitalismus weitgehend unberührte alte Staat. Aber das ist wirklich nur ein Trugbild. Echter Heimatschutz wäre indes etwas völlig anderes: Wenn etwa Horst Seehofer den *Whistleblowern* und Netzaktivisten Edward Snowden und Julian Assange in Deutschland Asyl mit dem Ziel gewähren würde, mit deren Hilfe eine Strategie zu entwickeln, wie Bürgerinnen und Bürger wieder Souveräne ihrer eigenen Daten würden. Das wäre wahrer Heimatschutz. Aber, da sind wir uns wohl alle einig, das wird nicht passieren.

Das Interview führten Marika Przybilla-Voß und Jöran Klatt.



Wolfgang M. Schmitt ist Literaturwissenschaftler und promoviert an der Universität Trier über das Politische in Ernst Jüngers Spätwerk. Außerdem arbeitet er als freier Film- und Literaturkritiker u.a. für die Rhein-Zeitung und Neues Deutschland. Zudem betreibt er seit 2011 den ideologiekritischen Videoblog DIE FILMANALYSE ([youtube.com/filmanalyse](https://www.youtube.com/filmanalyse)).